

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Der Kongokonflikt

In der **Demokratischen Republik Kongo** werden Ende Juni dieses Jahres die ersten freien **Parlaments- und Präsidentschaftswahlen** seit mehr als vier Jahrzehnten stattfinden. Diese ersten freien Wahlen könnten für den Kongo das Ende der mehr als 40 Jahre andauernden, immer wieder aufflammenden Kampfhandlungen bedeuten. Die Europäische Union will ca. 1 500 Soldaten in den Kongo entsenden, um die dort bereits stationierten 17 000 Blauhelmsoldaten bei der Sicherung der Wahlen zu unterstützen.

Jahrzehntelange Auseinandersetzungen zwischen ökonomischen Konkurrenten und ethnischen Gruppen, die nach Schätzungen der Vereinten Nationen seit 1998 rund 3 Millionen Menschenleben forderten, haben den Kongo und die gesamte Region destabilisiert.

1960 wurde die **ehemals belgische Kolonie** überstürzt in die **Unabhängigkeit** entlassen. Der erste kongolesische Präsident Joseph **Kasavubu** und sein Premierminister Patrice **Lumumba** waren politische Rivalen, was die Regierungsarbeit von Anbeginn erheblich belastete.

Die folgenden 5 Jahre („**Kongo- Wirren**“) waren geprägt von Abspaltungsversuchen rohstoffreicher Provinzen wie Katanga im Süden und Kivu im Osten des Landes. Diese Regionen verfügen über hohe Anteile an Bodenschätzen wie Gold, Kupfer, Diamanten und Coltan - ein Mineral, das für die Herstellung von Mobiltelefonen benötigt wird. Den Abspaltungsversuchen trat die Regierung militärisch entgegen, teilweise mit der Unterstützung von UN- Truppen (z.B. 1960-1964 in der Provinz Katanga).

Am 24. November **1965** übernahm Generalstabschef **Sese Seko Mobutu** nach einem **Militärputsch** die Staatsgewalt und gestaltete das Land in seiner 32 Jahre währenden Regierungszeit zu einem zentralistischen, totalitären Präsidialregime.

Er schuf ein Einparteiensystem unter dem „Mouvement Populaire de la Révolution“, verstaatlichte den Bergbau und andere wichtige Wirtschaftssektoren und ließ politische Gegner hinrichten. **1971** nahm er die **Umbenennung der DR Kongo in Zaire** vor und schlug **1978/79** mit belgisch- französischer Militärhilfe **Aufstände in Shaba (ehemals Katanga)** nieder.

Nach dem Ende des Ost- West-Konfliktes im Jahre 1990 sah sich Präsident Mobutu gezwungen, demokratische Reformen anzukündigen. Trotz der Bildung eines Übergangsparlaments blieben die alten Machtstrukturen jedoch weitgehend bestehen. Ethnische Konflikte (vor allem in den Regionen Shaba und Kivu) und fortschreitender wirtschaftlicher Verfall verschärften die politische Situation.

1994 flohen mehr als 1 Million ruandische Zivilisten in die Region Kivu im Osten des Landes, darunter auch viele Mitglieder der für den **ruandischen Völkermord** verantwortlichen Interahamwe-Milizen.

Die Regierungen der Nachbarländer Uganda und Ruanda befürchteten, dass sich diese Milizen in Zaire neu formieren und ihren Kampf von dort aus fortsetzen könnten. Als Anfang Oktober 1996 in der Provinz Südkivu die rund 300 000 seit Generationen ansässigen Banyamulenge-Tutsi (ruandisch sprechende Minderheit, die sich selbst als Kongolesen sehen, von den meisten anderen Bevölkerungsgruppen jedoch als Ruander betrachtet werden) aufgefordert wurden, das Land umgehend zu verlassen, sah Ruanda seine Befürchtungen bestätigt und entsandte Militär in die Region. Gemeinsam mit Uganda unterstützten sie die Bildung der **Rebellenbewegung** „Allianz demokratischer Kräfte zur Befreiung des Kongo- Zaire“ (AFDL), die unter der Führung von **Laurent- Désiré Kabila** zunächst den Osten des Landes eroberte und danach zügig ins Landesinnere vordrang. Binnen acht Monaten brachten die Rebellen weite Teile des Landes unter ihre Kontrolle, nahmen am **17. Mai 1997** die Hauptstadt Kinshasa ein und **stürzten das Regime von Präsident Mobutu**.

Der AFDL- Führer Kabila proklamierte sich nach gescheiterten Friedensgesprächen zwischen den Rebellen und Vertretern der Regierung zum neuen Staatspräsidenten, setzte die provisorische Verfassung außer Kraft und benannte das Land in „**Demokratische Republik Kongo**“ um. Er bildete eine Übergangsregierung und kündigte Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an.

Uganda und Ruanda erwarteten von Kabila u. a. die Entwaffnung der Interahamwe- Milizen, die sich vor allem im Ost- Kongo aufhielten und von dort aus einen Guerilla- Krieg gegen die neue Regierung Ruandas führten. Diesen sicherheitspolitischen Forderungen seiner Verbündeten kam der Präsident jedoch nicht nach, und so begann im **August 1998** eine von Ruanda und Uganda (später auch Burundi) unterstützte **Rebellion gegen Kabila**, die sich zu einem landesweiten **Bürgerkrieg** ausweitete.

Im Verlauf des Krieges konnte Präsident Kabila Angola, Simbabwe und Namibia zur Unterstützung seiner schwachen Streitkräfte gewinnen.

Während Ruanda die in den Kivu- Provinzen operierende **Rebellengruppe „Rassemblement Congolais pour la Démocratie“ (RCD)** unterstützte, kam es im Norden des Landes unter der Führung von Jean-Pierre **Bemba** (jetziger Präsidentschaftskandidat) zur Gründung einer weiteren Rebellengruppe. Die **MLC („Mouvement pour la Libération du Congo“)** rückte mit ugandischer Hilfe vom Norden des Landes auf Kinshasa vor.

Der internationalen Gemeinschaft gelang es im **Juli 1999** das **Lusaka- Waffenstillstandsabkommen** durchzusetzen, das von den Regierungen der am Konflikt beteiligten Staaten und der Rebellengruppe MLC unterzeichnet wurde. Das Friedensabkommen, das u. a. die Entwaffnung der ausländischen Milizen, den Rückzug der ausländischen Truppen, sowie die Durchführung eines „innerkongolesischen Dialogs“ vorsah, wurde jedoch nicht umgesetzt. Auch die **Stationierung von Truppen der UN- Mission** (MONUC) mit bis zu 5 600 Mann (UN-Resolution 1291) führte nicht zur vollständigen Einstellung der Kampfhandlungen. Vor allem in den ostkongolesischen Kivu- Provinzen setzten sich die Kämpfe unvermindert fort.

Nach einem tödlichen Attentat auf den Präsidenten übernahm sein Sohn **Joseph Kabila** im **Januar 2001** die Amtsgeschäfte. Er versprach, mit der MONUC zusammenzuarbeiten und die Bemühungen um einen „innerkongolesischen Dialog“ zu unterstützen.

Gleichwohl wurden erst in der **Jahresmitte 2002** erste Anzeichen für die Überwindung des Konflikts sichtbar. Es wurden **separate Friedensverträge** zwischen Präsident Kabila und Ruanda (**Pretoria- Abkommen**) respektive Uganda (**Luanda- Abkommen**) geschlossen. Im **Dezember 2002** unterzeichneten dann auch die wichtigsten **Rebellenbewegungen** mit der Regierung ein **Friedensabkommen**.

Im **Mai 2003** entbrannte jedoch im Nordosten des Kongo ein weiterer Konflikt: In der **Region Ituri** im Grenzgebiet zu Ruanda und Uganda verschärfen sich die Kämpfe zwischen den **verfeindeten Volksgruppen** der **Lendu** (sesshafte Ackerbauern) und **Hema** (nomadisierende Viehzüchter). Die Auseinandersetzung drehte sich vor allem um Landbesitz und forderte bislang rund 50 000 Todesopfer und 500 000 Vertriebene. Infolge der Ituri- Krise wurde die UN-Mission im Kongo auf 10 800 Blauhelmsoldaten vergrößert (UN-Resolution 1493).

Als im Dezember 2004 ruandische Truppen unter dem Vorwand, ruandische Hutu- Rebellen zu verfolgen, erneut in den Osten des Landes einmarschierten, wurden die UN- Truppen im Februar 2005 ermächtigt, die Milizen mit Waffengewalt zu entwaffnen, deren Führer festzunehmen und zum Schutz der Zivilbevölkerung Gewalt anzuwenden.

Die im **Dezember 2005** durch Referendum bestätigte neue **Verfassung** ermöglichte den Aufbau neuer staatlicher Strukturen.

Die bevorstehenden ersten freien Wahlen könnten für den Kongo das Ende der mehr als 40 Jahre währenden, immer wieder aufflammenden Kampfhandlungen bedeuten, denen Millionen von Menschen zum Opfer fielen.

Quellen:

- http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=9&land_id=85
Stand 31.03.2006
- http://www.brockhaus-encyklopaedie.de/be21_article.php. Stand 28.03.2006
- Gesellschaft für bedrohte Völker. War for profit- Ressourcenausbeutung in der Demokratischen Republik Kongo. Bern
- Tull, Denis M. (2003) Die Hintergründe des Kongo- Konflikts: Genese und Verlauf eines kontinentalen Krieges. In: Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik. S.783 ff.